5205/AB vom 02.04.2021 zu 5255/J (XXVII. GP)

Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration

MMag. Dr. Susanne RaabBundesministerin für Frauen, Familie,
Jugend und Integration

Herrn Mag. Wolfgang Sobotka Präsident des Nationalrats Parlament 1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.093.772

Wien, am 2. April 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Schnedlitz, Kolleginnen und Kollegen haben am 5. Februar 2021 unter der Nr. **5255/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Internetsuchtpotenzial von Jugendlichen während Corona-Krise" an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4, 6 und 7:

- 1. Wie bewertet Ihr Ministerium die aktuelle Lage bezüglich Internet- und Computerspielsucht von Jugendlichen insbesondere während der Corona-Krise?
- 2. Gibt es Prognosen über die genaue Entwicklung der Internet- und Computerspielsucht in Österreich?
 - a. Wenn ja, wie sehen diese aus?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- 3. Welche Initiativen, die vor allem darauf abzielen, die Jugendlichen vor den Gefahren des Internets und insbesondere vor dem Suchtfaktor Internet zu schützen, wurden seit Beginn der laufenden Gesetzgebungsperiode von Ihrem Ministerium ins Leben gerufen und wie sehen diese aus? (Bitte um genaue Aufschlüsselung)

- 4. Welche Initiativen, die vor allem darauf abzielen, die Jugendlichen vor den Gefahren des Internets und insbesondere vor dem Suchtfaktor Internet zu schützen, sind von Ihrem Ministerium in Planung?
- 6. Haben Sie Aufzeichnungen darüber, wie viele Jugendliche in Österreich von der Internet- oder Computerspielsucht betroffen sind?
 - a. Wenn ja, wie sehen diese Aufzeichnungen aus? (Bitte Aufgliederung jeweils auf die letzten 5 Jahre und Anzahl der betroffenen Jugendlichen je Bundesland)
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- 7. In welcher Höhe sind finanzielle Mittel für die Initiativen zur Bekämpfung und Eindämmung der Internet- und Computerspielsucht vorgesehen und wie wird das Budget auf die einzelnen Bundesländer verteilt?
 - a. Wie hoch war das Budget im Jahr 2020?
 - b. Wie hoch war das Budget im Jahr 2019?
 - c. Wie hoch war das Budget im Jahr 2018?

Angelegenheiten der Spielsucht fallen nicht in meinen Zuständigkeitsbereich, wie sich dieser aus den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 30/2021, im Zusammenhang mit der Entschließung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 41/2021, ergibt. Dazu darf ich auf den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Finanzen und des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz verweisen. In meinem Ressortbereich werden keine wissenschaftlichen oder statistischen Daten zu Internet- und Computerspielsuchtverhalten erhoben und sind keine finanziellen Mittel im Sinne der Fragestellung budgetär vorgesehen.

In der Jugend- und Familienpolitik wird die Stärkung der Medienkompetenz sowohl der Heranwachsenden als auch der Familien und pädagogisch Tätigen besonders vorangetrieben. Medienkompetenz ist der effektivste Kinder- und Jugendschutz und das Bundeskanzleramt setzt folglich eine Reihe von Maßnahmen in diesem Bereich.

Ein besonderes Anliegen sind dabei Informationsangebote, die Eltern dabei unterstützen sollen, Regeln für den Umgang mit digitalen Medien in der Familie zu etablieren, wahrzunehmen, ob ihre jugendlichen Kinder übermäßig Zeit im Internet oder mit digitalen Spielen verbringen und Möglichkeiten zu finden, dieser Entwicklung entgegen zu steuern und gegebenenfalls Beratung und Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Seit Beginn der Legislaturperiode wurden nicht nur die bestehenden Angebote weitergeführt, sondern darüber hinaus auch folgende neue Initiativen unterstützt:

- FROG-Week (Zentrum für Angewandte Spieleforschung Donau-Universität Krems):
 Ergänzend zur akademischen Fachtagung FROG (Future and Reality of Gaming)
 wurden im November 2020 online zielgruppenspezifische Gespräche mit Fachleuten
 und Online-Workshops zu Themen rund um digitale Spiele angeboten. Die Sessions
 richteten sich an jeweils eine spezielle Personengruppe, die stark in Berührung mit
 Computerspielen kommt unter anderem an Eltern, die um Inhalte und Konsum
 von Computerspielen besorgt sind.
- Legal Literacy Workshop (Legal Literacy Project Verband): Die bestehenden Workshopkonzepte zu den Themen "Urheberrecht", "Cybermobbing" und "Datenschutz" für eine Online-Durchführung wurden weiterentwickelt.
- Saferinternet-Chatbot (saferinternet.at/Österreichisches Institut für angewandte Telekommunikation): Ein neu entwickelter Chatbot "Safer Internet-Roboter" erkennt Kettenbriefe und unterstützt Kinder beim Umgang mit angsteinflößenden, aber auch harmlosen Nachrichten, und soll so eine Kette unterbrechen.
- Digi4Family (Initiative des Bundeskanzleramtes): Digi4Family hat zum Ziel, die Medienerziehungskompetenz von Eltern zu stärken, altersgerechte und gute Medienangebote für Kinder und Jugendliche zu fördern und den kreativen und eigenverantwortlichen Umgang mit Medien sicherzustellen. Ebenfalls wurde ein Themenschwerpunkt auf die "Coronakrise" gesetzt.
- eltern-bildung.at (Initiative des Bundeskanzleramtes): Die Website wurde während der Corona-Zeit adaptiert: Eltern gelangen direkt zu einer Übersicht, wo neue Informationen regelmäßig veröffentlicht werden. Dadurch werden Eltern unter anderem auch zum verantwortungsvollen Umgang mit dem Internet und digitalen Medien und über Hilfsangebote in diesem Bereich informiert.

Einige dieser Angebote wurden im Laufe des Jahres 2020 gestartet und befinden sich zum Teil erst in der Umsetzungsphase. Auf Grundlage der Erfahrungen mit diesen Initiativen wird derzeit die Weiterführung geplant und gegebenenfalls werden neue Initiativen gestartet.

Zu Frage 5:

- 5. Gibt es spezielle Arbeitsgruppen, die sich mit den Gefahren des Internets in Zusammenhang mit den Jugendlichen beschäftigt?
 - a. Wenn ja, welche?
 - b. Wenn ja, seit wann gibt es diese?

- c. Wenn ja, wer sitzt in dieser Arbeitsgruppe?
- d. Wenn nein, warum nicht?
- e. Wenn nein, sind Arbeitsgruppen in Planung?

Das Bundeskanzleramt ist in folgenden Arbeitsgruppen vertreten:

- **Saferinternet-Beirat:** Der Beirat unterstützt und berät die Initiative Saferinternet.at seit ihrem Bestehen 2005. Die Mitglieder können auf der Website https://www.saferinternet.at/ueber-saferinternetat/beirat/ eingesehen werden.
- Nationales Komitee "No Hate Speech": Das Komitee besteht seit Juni 2016. Die Mitglieder können auf der Website https://www.nohatespeech.at/komitee/mitglieder/ eingesehen werden.

MMag. Dr. Susanne Raab